

## Editorial

Wer meinte, die Wohnungsfrage sei ein längst entschärfter Aspekt der sozialen Frage, sieht sich eines Besseren belehrt: Sie ist in den letzten Jahren mit unerwarteter Wucht auf die politische Tagesordnung der BRD zurückgekehrt. Die „neoliberale Stadt“ (vgl. Z 83, September 2010) wird zunehmend von Konflikten um Mieten, Immobilienspekulation und Gentrifizierung geprägt. Dabei zeigt sich, dass sich darin viele Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten 30 Jahre bündeln: Von der klassischen Frage bezahlbarer Mieten für die unteren Einkommensschichten über Stadtentwicklung und Raumgestaltung bis zu den Ursachen und Folgen der aktuellen Finanzmarktkrisen – all dies ist eng mit der Wohnungsfrage verknüpft. Eine Schlüsselfrage, das Verhältnis von Wohnungsmarkt und Finanzspekulation, steht im Mittelpunkt des vorliegenden Heftes.

*Hans-Dieter Frieling* gibt einen Überblick zum aktuellen Wohnungsmarkt, zu Trends der Mietbelastungen und räumlichen Differenzierungsprozessen (Metropolitenwachstum). Er geht vom besonderen Charakter des kapitalistischen ‚Marktes‘ für Wohnungen aus, dessen Funktionieren eine politische Steuerung von Angebot und Nachfrage erfordert. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, ob die derzeit zu beobachtenden räumlichen Veränderungen (Stichwort: Gentrifizierung) einem gezielten politischen Programm oder vielmehr ‚spontanen‘ Marktprozessen geschuldet sind. Seiner Ansicht nach ist beides richtig: Da die herrschende Politik sich der kapitalistischen Profitlogik unterordnet, fördert sie alle jene Prozesse aktiv, von denen sie (zu Recht oder zu Unrecht) glaubt, dass sie der Akkumulation von Kapital dienlich wären.

Wohnungen als langfristige Kapitalanlagen waren schon immer eng mit der Kreditwirtschaft verbunden. Dass sie, wie *Knut Unger* zeigt, heute dem neuen Prozess der Finanzialisierung der Wirtschaft unterliegen, kann daher nicht überraschen: Immer mehr ehemals gemeinnützige Wohnungen geraten in die Hand internationaler Finanzinvestoren, die weniger am Bau und an der Verwaltung als vielmehr am Handel mit Wohnungen bzw. mit entsprechend unterlegten Finanzprodukten verdienen und die inzwischen in aufstrebenden Ballungsgebieten den Wohnungsmarkt maßgeblich beeinflussen. Insofern spiegelt der Wohnungsmarkt grundlegende Strukturveränderungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wider.

*Günter Bell* macht darauf aufmerksam, dass die Mietprobleme sich in bestimmten Regionen konzentrieren; sie sind eng mit räumlichen Veränderungen der Produktionsstrukturen verbunden. Angesichts des sich gerade in aufstrebenden Ballungsgebieten stellenden Problems knapper Flächen muss es notwendig zur Verdrängung von Bevölkerungsgruppen kommen. Mit den bestehenden wohnungspolitischen Instrumentarien könnten die Kommunen diesen Prozessen zwar entgegenwirken, sie aber nicht stoppen oder umkehren. Notwendig sei daher die Neubelebung einer gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft.

Hier knüpft der Beitrag von *Andrej Holm* an. Seiner Ansicht nach muss Wohnen zu einem Teil der Sozialen Infrastruktur werden, d.h. Wohnungen müssen zu öffentlichen, für alle unabhängig von ihrem Einkommen zugänglichen Gütern werden. Er begründet diese bewegungsorientierte Forderung und untersucht ihre Voraussetzungen, bestehende Kräfteverhältnisse und Realisierungsmöglichkeiten. Entsprechende soziale Bewegungen und Modelle existieren, bleiben allerdings bislang lokal und thematisch fragmentiert.

Sozialen Bewegungen mit Bezug zum Wohnungsproblem widmen sich drei weitere Beiträge. Am Beispiel Hamburg zeigt *Michael Ziehl*, dass der Kampf gegen oft spekulativ verursachte Gebäudeleerstände beträchtliches Mobilisierungspotential birgt. Ein effizientes Instrument der Mobilisierung kann dabei ein internet-basierter „Leerstandsmelder“ sein, durch den die Existenz von Gebäudeleerständen öffentlich gemacht wird. *Jürgen Ehlers* schildert den langen Kampf gegen die Privatisierung der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft „Nassauische Heimstätte“ in Hessen. Sowohl rot-grüne als auch schwarz-gelbe Landesregierungen und Kommunen haben versucht, den lokalen Wohnungsbestand der NH an Finanzinvestoren zu verkaufen. Mieterinitiativen haben diese Pläne immer wieder durchkreuzt. Diese Bewegungen sind bislang allerdings immer lokal beschränkt geblieben. *Fred Schmid* befasst sich am Beispiel München mit dem Mieterwiderstand gegen die Übereignung von Wohnraum an Finanzinvestoren. Er zeigt, wie die Auswirkungen der Finanzmarktkrise den Druck auf die öffentliche Wohnungswirtschaft erhöht haben. Immer wieder gelingt es aber lokalen Mieterinitiativen, kommunale Privatisierungspläne zu durchkreuzen.

\*\*\*

Gewerkschaftsprobleme (zuletzt Z 92, Dezember 2012) werden in drei Beiträgen behandelt. Die Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten vor allem aus der Metall- und Elektroindustrie sowie aus der Krankenpflege und dem Erziehungssektor stellen *Richard Detje, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer und Joachim Bischoff* vor. Im Vergleich zur Vorgängerstudie von 2010 (Z 87, September 2011, S. 46ff.) spielen jetzt die Erfahrungen des Aufschwungs der Nach-Krisen-Zeit eine stärkere Rolle. Abgenommen hat das Gefühl der Arbeitsplatzgefährdung, zugenommen hat das Gefühl der Arbeitskraftgefährdung – die Sorge, steigenden Leistungsanforderungen nicht standhalten zu können. Gegenwehr entfaltet sich im exportorientierten Industriesektor zögerlicher als im Dienstleistungsbereich. Trotz Kritik bleiben die Gewerkschaften die Institution, die das größte Vertrauen genießt, an die aber auch hohe Anforderungen gestellt werden. Völlig delegitimiert ist dagegen die institutionelle Politik. Der Staat wird nicht als neutral, sondern als feindliche Institution der „anderen Seite“ wahrgenommen. Einverständnis herrscht darüber, dass nur kollektives Handeln Verbesserungen erreichen kann. Die Bereitschaft, in diesem Sinne auch aktiv zu werden, entspricht dieser Einsicht aber nicht.

Die Auswirkungen der Euro-Krise und der Austeritätspolitik unter gender-Aspekten erörtert *Roman George*. Er konstatiert eine verstärkte Benachteiligung der Frauen durch eine restriktive Mindestlohnpolitik; sie betrifft Frauen mehr als Männer, weil sie häufiger im Niedriglohnssektor arbeiten. Die staatlichen Ausgabenkürzungen haben ebenfalls eine Geschlechterdimension: der Frauenanteil im öffentlichen Sektor ist höher als der von Männern; entsprechende Kürzungen beeinflussen ihre Lebenssituation daher stärker. *Richard Detje*, *Klaus Pickshaus* und *Sybille Stamm* setzen sich kritisch mit der Initiative Arbeitfairteilen auseinander, die die 30-Stunden-Woche als neue Normarbeitszeit fordert. Sie plädieren für eine arbeitspolitische Erweiterung der Arbeitszeitdebatte. Angesichts der massiven Flexibilisierung von Arbeitszeiten und der fortschreitenden Deregulierung von Arbeitsverhältnissen ist aus ihrer Sicht eine generelle Wochenarbeitszeitverkürzung nicht der überall wirksame Hebel für Gegenkonzepte.

\*\*\*

Marx-Engels-Forschung: *Alexander von Pechmann* argumentiert gegen die „antisubstantialistische“ Kapital-Exegese der „neuen Marx-Lektüre“ und deren Überbetonung der Formseite. Marx habe den Substanz-Begriff der Metaphysik Spinozas entlehnt und gesellschaftliche Arbeit als das „allem gemeinsam Eine“ des Wertes bestimmt, das in verschiedenen Formen auftreten kann, unter anderem in kapitalistischen Gesellschaften in jener der abstrakten Arbeit.

China-Studien: *Helmut Peters* rezensiert ausführlich das zweite China-Doppelheft der Zeitschrift „Das Argument“; *Rolf Geffken* kritisiert ein Arbeitspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Gewerkschaften, Arbeitsmarktregulierung und Immigration in China“.

Weitere Beiträge: In einem Vortrag zum Büchnerjahr diskutiert *Frank Deppe* die frühsozialistischen Themen im „Hessischen Landboten“. Geschichtliche und aktuelle Aspekte des Kampfs um den 18. März als Gedenktag der 48er Revolution behandelt *Walter Schmidt*. Beide Beiträge können auch als geschichtsträchtige Kritik des reaktionären Polizeiaufmarsches gegen die Frankfurter Blockupy-Demonstration gelesen werden, deren rechtliche und politische Aspekte *Elke Steven* als politischen Angriff auf ein elementares demokratisches Grundrecht wertet. Neben den Tagungsberichten und Buchbesprechungen ist auf die Fortsetzung der Debatte um Internationalisierung und nationale Bindung des Kapitals durch einen Beitrag von *Werner Rügemer* zu verweisen.

\*\*\*

Redaktionsinternes: *Alan Ruben van Keeken* ist neu in die Redaktion eingetreten. Im Dezember-Heft (Z 96) werden die Beiträge des Z-Kolloquiums „Klassenanalyse und Intelligenz“ vom März 2013 den Schwerpunkt bilden.